

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 12.02.2026

Fragen	
Entwicklung der Grazer Bauernmärkte	Christine Braunersreuther
Kosten der jüngsten Innenstadtstudie	Daniela Gamsjäger-Katzensteiner
Dringliche Anträge	
Für einen gerechten Finanzausgleich!	Daniela Gamsjäger-Katzensteiner

Abänderungsanträge:

TOP 21 Änderung der KFA Satzung - Christian Sikora

DA Nachtdienstverordnung in Pflegeheimen umsetzen - Christopher Fröch

Zusatzanträge:

DA Keine sexualisierten KI-Bilder - Miriam Rebecca Herlicska

DA Nachtdienstverordnung in Pflegeheimen umsetzen - Christopher Fröch

Frage für die Fragestunde (§ 16a GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Datum:
12.02.2026

Antragsteller:in(nen): GR Christine Braunersreuther (KPÖ)

Regierungsmittglied(er): Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA (ÖVP)

Entwicklung der Grazer Bauernmärkte

In Graz gibt es ein reiches Netz an Bauernmärkten, auf denen regionale Lebensmittel direkt von den Erzeuger:innen in Hoher Qualität angeboten werden – saisonal, frisch und oft biologisch. Neben den Institutionen am Kaiser-Josef-Platz und am Lendplatz, die auch touristisch und gastronomisch eine Rolle spielen, oder am Hofbauerplatz, dessen denkmalgeschütztes Dach gerade neu errichtet wird, gibt es auch viele kleinere, die die Grazer:innen direkt in ihrem Wohnumfeld mit frischen Produkten versorgen. Glücklicherweise sind da in den letzten Jahren auch welche wiederbelebt worden oder neu hinzu gekommen, etwa in der Triestersiedlung, der Smart City oder in Reininghaus.

Leider nimmt jedoch die Zahl der Bauernhöfe kontinuierlich ab. Fast die Hälfte der Landwirtschaften haben seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 geschlossen – eine Entwicklung, die sich in den letzten Jahren beschleunigt hat. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Erzeuger:innenmärkte in Graz.

Es wird folgende

ANFRAGE

gestellt:

Wie hat sich die Zahl der zugelassenen Produzent:innen auf den Grazer Bauernmärkten – aufgeschlüsselt nach Jahr und Standort – seit 2010 entwickelt?

Anlagen:

Freigaben / Unterschriften:

GR Christine Braunersreuther (KPÖ)

Beschlussvermerk

Gemeinderat am 12.02.2026
mündlich beantwortet
Schriftführer:in: Lidija Fink

Frage für die Fragestunde (§ 16a GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Datum:
12.02.2026

Antragsteller:in(nen): GR Daniela Gamsjäger-Katzensteiner (KPÖ)

Regierungsmittglied(er): Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA (ÖVP)

Kosten der jüngsten Innenstadtstudie

In den letzten Monaten wurden uns mehrere Studien zum Thema Grazer Innenstadt vorgestellt. Die jüngste Studie wurde von Ihnen im Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer präsentiert.

Ich stelle Seitens des KPÖ Gemeinderatsklubs die Frage:

Es wird folgende

ANFRAGE

gestellt:

Wie viel hat die kürzlich von Ihnen präsentierte und von der Wirtschaftsabteilung der Stadt Graz beauftragte Studie gekostet?

Anlagen:

Freigaben / Unterschriften:

GR Daniela Gamsjäger-Katzensteiner (KPÖ)

Beschlussvermerk

Gemeinderat am 12.02.2026
wird schriftlich beantwortet
Schriftführer:in: Lidija Fink

Dringlicher Antrag (§ 18 GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Antragsteller:in(nen): GR Daniela Gamsjäger-Katzensteiner (KPÖ)

Datum:
12.02.2026

Für einen gerechten Finanzausgleich!

„Fakt ist, wenn wir nur annähernd das bekommen würden, was Linz oder Salzburg bekommen, hätten wir in Graz keine finanziellen Sorgen mehr. Der Finanzausgleich ist für mich ein Konstrukt, das seit Jahrzehnten nur fortgeschrieben wird, aber genau nichts ausgleicht.“

— Siegfried Nagl, zitiert nach Woche Graz, 25. Oktober 2016

„Die Steiermark braucht endlich einen fairen Finanzausgleich!“

— Mario Kunasek, zit. nach: Kronenzeitung, 4. Jänner 2026

Diese Zitate zeigen, dass die KPÖ mit ihrer Kritik am herrschenden Finanzausgleich in Österreich nicht allein ist. Auch andere Parteien haben erkannt, dass bei der budgetären Ausstattung des Landes Steiermark, sowie der Landeshauptstadt Graz erhebliche Mängel vorherrschen. Und das im Fall von Graz nicht erst seit Kurzem, sondern wie die Stellungnahme des früheren Bürgermeisters Siegfried Nagl zeigt, schon seit mindestens zehn Jahren.

Seit der Corona Pandemie zeigt sich, dass immer mehr Gemeinden in eine finanzielle Schieflage gekommen sind. Das Zentrum für Verwaltungsforschung prognostizierte in der Entwicklung bis 2027, dass jede zweiten Gemeinde in Österreich eine Abgangsgemeinde werden könnte. Gründe dafür sind unter anderem, dass die Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen bekommen haben, der grundsätzliche Mechanismus des Finanzausgleichs sich aber seit Jahrzehnten kaum verändert hat und somit die budgetäre Ausstattung nicht mit der Fülle an Aufgaben mithalten konnte.

Die immer wieder tönende Forderung nach einer Konsolidierung auf Ausgabenseite ist den Gemeinden nur in sehr beschränktem Rahmen möglich, sofern man nicht Schwimmbäder, Jugendzentren und andere wichtige Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge streichen will, wie das in manchen Gemeinden ja schon angekündigt wurde. Ebenso wurde der allgemeine Steuerkuchen verkleinert, indem beispielsweise in der letzten Regierungsperiode die Körperschaftssteuer gesenkt und die kalte Progression ohne eine Gegenfinanzierung in Form vermögensbezogener Steuern abgeschafft wurde. Die Folgen davon ziehen sich bis in die Gemeinden durch.

Für Graz existieren diese Probleme aber schon viel länger, da der Finanzausgleich die Stadt im

Vergleich zu anderen Städten, wie etwa Salzburg oder Innsbruck strukturell benachteiligt und Graz pro Kopf weniger Mittel erhält. Zynisch könnte man auch sagen, dass die Grazerin und der Grazer dem Bund weniger wert sind als die Bewohner:innen anderer vergleichbarer Städte.

Weitere Probleme sind, dass Graz auch Infrastruktur für die Bewohner:innen von Umlandgemeinden bereitstellt, diese sich aber nicht an den Kosten beteiligen. Und im Vergleich zu kleineren Gemeinden haben wachsende Städte wie Graz oft mehr und andere soziale Herausforderungen, die einer stärkeren finanziellen Ausstattung bedürfen. Man könnte verstärkt soziale Faktoren, wie Einkommen, Arbeitslosigkeit, Wohnkosten etc. beim Finanzausgleich berücksichtigen.

Trotz der schwierigen finanziellen Lage, in der sich die Stadt derzeit befindet, ist es gelungen, Verschlechterungen für die Grazer Bevölkerung zu vermeiden. Dennoch zeichnet sich ab, dass angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in der nächsten Zeit nicht besser werden wird.

Wir alle haben in Graz noch viel vor, sei es im Bereich des leistbaren, kommunalen Wohnbaus, im Bereich der Pflege und Gesundheitsversorgung, im Ausbau der Öffis, in der Kultur und im Bereich der Kinderbildung,- und Betreuung. Dementsprechend hoffe ich auf einen breiten parteiübergreifenden Schulterschluss zur Forderung nach einem gerechteren Finanzausgleich für die Stadt Graz.

Es wird folgender

ANTRAG

gestellt:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass sich die Stadt Graz den Forderungen der Landesgruppe Steiermark des Österreichischen Städtebundes, des Gemeindebundes Steiermark sowie der Steiermärkischen Landesregierung anschließt und auf dem Petitionswege das dringende Ersuchen an den Bundesgesetzgeber richtet, künftige Finanzausgleichsregelungen nur dann zu beschließen, wenn diese die historisch gewachsene Benachteiligung der steirischen Städte und Gemeinden beenden, statt sie fortzuschreiben.

Freigaben / Unterschriften:

GR Daniela Gamsjäger-Katzensteiner (KPÖ)

Beschlussvermerk

Gemeinderat am 12.02.2026
einstimmig angenommen

Anmerkungen zur Abstimmung:

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen. Zustimmung: KPÖ, ÖVP, Grüne, SPÖ, KFG, NEOS

Zusatzantrag Einlagezahl 2640/2, einstimmig angenommen

Bürgermeisterin Elke Kahr und der zuständige Stadtrat Manfred Eber werden ersucht, Gespräche mit dem zuständigen Finanzminister aufzunehmen mit dem Ziel, das in einem zukünftigen Finanzausgleich, die im Motiventext beschriebene Benachteiligung der Landeshauptstadt Graz behoben wird.

Abänderungsantrag (§ 21 GO-GR /§ 18 Abs. 4 GO-GR)

Antragsteller:in(nen): GR Christian Sikora (KPÖ)

Änderung der KFA Satzung

Übergeordnetes Stück:

Einlagezahl **2390/1**

Bericht an den Gemeinderat

Betreff: *Änderung der KFA Satzung*

In §23 Abs.1 wird der Ausdruck „5,4 v.H.“ durch die Wortfolge „nach dem im §37 Abs.2 DO i.d.g. F. genannten Prozentsatz“ ersetzt.

Anlagen:

Freigaben / Unterschriften:

GR Christian Sikora (KPÖ)

Abänderungsantrag (§ 21 GO-GR /§ 18 Abs. 4 GO-GR)

Nachtdienstverordnung in Pflegeheimen umsetzen

Übergeordnetes Stück:

Einlagezahl **2672/1**

Dringlicher Antrag (§ 18 GO-GR) (Petition)

Betreff: *Nachtdienstverordnung in Pflegeheimen umsetzen*

Im Zuge dessen soll eine Personalausstattungsverordnung anhand von pflegewissenschaftlichen Berechnungsgrundlagen erstellt werden, um sowohl gute und menschenwürdige Pflege und Betreuung sicherzustellen, als auch dem Ausbrennen von Beschäftigten entgegen zu wirken.

Freigaben / Unterschriften:

-

Zusatzantrag (§ 21 GO-GR/§ 18 Abs. 4 GO-GR)

Antragsteller:in(nen): GR Miriam Rebecca Herlicska (KPÖ)

Keine sexualisierten KI-Bilder

Übergeordnetes Stück:

Einlagezahl **2617/1**

Dringlicher Antrag (§ 18 GO-GR) (Petition)

Betreff: *Keine sexualisierten KI-Bilder*

Der aktuell bekannt gewordene Fall an einer steirischen Schule, bei dem ein Schüler mithilfe von KI Fotos von Mitschülerinnen sexualisiert hat, war bestimmt kein Einzelfall. Es ist davon auszugehen, dass es bundesweit bereits zu ähnlichen Vorfällen kommt. Der Fall zeigt deutlich, dass digitale Gewalt keine theoretische Zukunftsfrage mehr ist, sondern bereits Realität in unseren Klassenzimmern.

Die technische Niederschwelligkeit solcher Anwendungen, bei denen ein einziger Klick genügt um ein Bild zu erstellen, steht in krassem Gegensatz zur Tragweite der Handlung selbst. Das Erstellen und Verbreiten sexualisierter KI Bilder ohne Einwilligung stellt einen Eingriff in Persönlichkeitsrechte, Würde und Selbstbestimmung eines Menschen dar. Gerade Jugendliche schätzen häufig die Wirkung ihres Handelns sowie die rechtlichen und sozialen Konsequenzen falsch ein.

Gewaltschutz muss daher konsequent auch den digitalen Raum umfassen. Neben regulatorischen Maßnahmen gegenüber Plattformen braucht es verbindliche, bundesweit einheitliche Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen. Schüler:innen müssen klar vermittelt bekommen, dass das Erstellen sexualisierter oder anderwärtig herabwürdigender Bilder, eine Form von digitaler Gewalt ist. Ihnen muss deutlich aufgezeigt werden wo strafrechtliche Grenzen verlaufen und welche Verantwortung jeder: im Umgang mit neuen Technologien trägt.

Prävention durch Aufklärung ist ein zentraler Baustein wirksamen Gewaltschutzes. Es darf nicht vom Engagement einzelner Schulen abhängen ob diese auch bei den Schüler:innen ankommt, sondern muss verbindlich im Bildungssystem verankert werden.

daher stelle ich zur vorliegenden Petition folgenden Zusatzantrag:

Die Stadt Graz ersucht die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, bundesweit verbindliche Bildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung für digitale Gewalt und sexualisierte KI-Inhalte in den Lehrplänen zu verankern.

Anlagen:

Freigaben / Unterschriften:

GR Miriam Rebecca Herlicska (KPÖ)

Zusatzantrag (§ 21 GO-GR/§ 18 Abs. 4 GO-GR)

Antragsteller:in(nen): Christopher Fröch, MA, BSc (KPÖ)

Nachtdienstverordnung in Pflegeheimen umsetzen

Übergeordnetes Stück:

Einlagezahl **2672/1**

Dringlicher Antrag (§ 18 GO-GR) (Petition)

Betreff: *Nachtdienstverordnung in Pflegeheimen umsetzen*

Im Zuge dessen soll eine Personalausstattungsverordnung anhand von pflegewissenschaftlichen Berechnungsgrundlagen erstellt werden, um sowohl gute und menschenwürdige Pflege und Betreuung sicherzustellen, als auch dem Ausbrennen von Beschäftigten entgegen zu wirken.

Freigaben / Unterschriften:

Christopher Fröch, MA, BSc (KPÖ)